

Abschlussprüfung
im Ausbildungsberuf
Verwaltungsfachangestellte/r

vom 27. Mai 2021 bis 1. Juni 2021

2. Prüfungsaufgabe: Verwaltungsbetriebswirtschaft

Die Prüfungsaufgabe setzt sich aus den Teilen Kommunales Finanzwesen und Betriebswirtschaft in der öffentlichen Verwaltung mit folgender Punkteverteilung zusammen:

Kommunales Finanzwesen: 52 Punkte

Betriebswirtschaft in der öffentlichen Verwaltung: 43 Punkte

Stil, Aufbau, Argumentation: 5 Punkte

Arbeitszeit: 135 Minuten

Hilfsmittel: Es gilt die Hilfsmittelbestimmung für die Zwischen- und Abschlussprüfungen im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/r vom 25. August 2010 mit Ergänzungen vom 28. März 2012, 27. August 2012 und 22. August 2018.

Hinweis: Bitte geben Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen den Bearbeitungsstand Ihrer VSV an!

Beantworten Sie die Fragen und begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen Rechtsvorschriften, sofern nichts anderes angegeben ist!

Diese Aufgabe besteht aus vier Seiten (einschließlich Deckblatt)!

Kommunales Finanzwesen

Aufgabe 1

24 Punkte

Die sächsische Gemeinde Grünwalde hat im vergangenen Jahr (2020) in neue Tontechnik für den Veranstaltungssaal der Volkshochschule investiert. Diesbezüglich sind folgende Details bekannt:

- Die Lieferung und Inbetriebnahme der Anlage erfolgten am 03.11.2020.
 - Am Tag der Lieferung wurde die Rechnung mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 17.850 EUR übergeben. Darin enthalten sind: Listenpreis der Anlage 13.800 EUR, Montagekosten 1.200 EUR sowie die Umsatzsteuer 2.850 EUR.
 - Die Rechnung wurde am 13.11.2020 unter Inanspruchnahme von 2% Skonto per Banküberweisung beglichen.
 - Die Nutzungsdauer beträgt laut Abschreibungstabelle 8 Jahre.
- a) **Ermitteln Sie** die Anschaffungskosten für die neue Tontechnikanlage der Volkshochschule sowie den Restbuchwert zum 31.12.2020 und den voraussichtlichen Restbuchwert zum 31.12.2021.
Hinweis: Die Volkshochschule ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt, sie erwirtschaftet keine umsatzsteuerpflichtigen Erträge. (14 Punkte)
- b) **Beschreiben Sie** unter Berücksichtigung der relevanten Vier-Augen-Prinzipien den verwaltungsinternen Prozess, der zwischen dem Rechnungseingang am 03.11.2020 und der Überweisung der Rechnung am 13.11.2020 erfolgte. **Ermitteln Sie** dabei die Anzahl der Personen, die mindestens zu beteiligen sind. (10 Punkte)

Aufgabe 2

13 Punkte

Der neue Bürgermeister von Grünwalde war zuvor als Bauingenieur tätig. Den anstehenden Jahresabschluss möchte er nutzen, um sich näher in das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen einzuarbeiten. **Erklären Sie** ihm,

- a) wie mit der Rechnung für eine Reparaturleistung umzugehen ist, wenn die Rechnung für die Leistung im Dezember, hierfür auch im Dezember in der Verwaltung eingeht, diese allerdings erst im Januar des Folgejahres zu zahlen ist,
- b) wie mit dem erwirtschafteten Überschuss im Ergebnishaushalt im Rahmen des Jahresabschlusses zu verfahren ist,
- c) welches Verfahren für die Aufstellung des Jahresabschlusses gesetzlich vorgeschrieben ist, insbesondere welche Fristen und Zuständigkeiten zu beachten sind.

Aufgabe 3**15 Punkte**

Entsprechend der kassenrechtlichen Regelungen darf die Gemeindekasse in der Regel nur aufgrund einer Kassenanordnung tätig werden.

Ermitteln Sie für die nachfolgenden Sachverhalte, welche Art der Kassenanordnung jeweils erforderlich ist.

- a) Die monatliche Telefonrechnung ist zu überweisen.
- b) Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen werden verbucht.
- c) Das Steueramt erstellt einen Grundsteuerbescheid. Hierzu soll die Forderung eingebucht werden.
- d) An der Kasse des Heimatmuseums werden Eintrittsgelder kassiert.
- e) Das Hauptamt übergibt der Gemeindekasse die Zulassungspapiere für einen neuen Dienstwagen zur Verwahrung.

Betriebswirtschaft in der öffentlichen Verwaltung

Die Auszubildenden der sächsischen Gemeinde Grünwalde Sarah und Tom bereiten sich gemeinsam auf die Abschlussprüfung vor.

Aufgabe 4**31 Punkte**

Sarah und Tom beschäftigen sich u. a. mit den privaten Rechtsformen von Unternehmen.

4.1 **Entscheiden Sie**, ob die folgenden Aussagen zu den rechtlichen Voraussetzungen der Unternehmensgründung richtig oder falsch sind! **Begründen Sie** jeweils Ihre Entscheidung anhand der gesetzlichen Grundlagen! (20 Punkte)

- a) Istkaufmann ist jeder, der ein Handelsgewerbe betreibt, unabhängig vom Umfang.
- b) Bei der Wahl der Firma ist zu beachten, dass sich die Firma von anderen an diesem Ort unterscheidet.
- c) Die Handlungsvollmacht und die Prokura sind im Handelsregister einzutragen.
- d) Gesamtprokura heißt, dass mehrere Prokuristen Entscheidungen auch alleine treffen dürfen.
- e) Tritt ein Gesellschafter in eine bestehende OHG ein, haftet er wie die anderen Gesellschafter, aber nicht für Verbindlichkeiten, die vor seinem Eintritt in die OHG entstanden sind.

4.2 **Nennen Sie** vier Kriterien, die bei der Wahl der Rechtsform eine Rolle spielen. Rechtsnormen sind nicht anzugeben. (4 Punkte)

4.3 **Erläutern Sie** kurz die gesetzliche Gewinnverteilung der OHG! **Begründen Sie**, warum das so geregelt ist. (7 Punkte)

Aufgabe 5

12 Punkte

Sarah und Tom verständigen sich in der Vorbereitung auch zu den Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und deren Privatisierung.

5.1 Eigenbetriebe sind verpflichtet, einen Wirtschaftsplan aufzustellen. **Nennen Sie** die Bestandteile des Wirtschaftsplans anhand der gesetzlichen Grundlage! (6 Punkte)

5.2 Der Eigenbetrieb ist meist die Vorstufe zur Privatisierung öffentlicher Leistungen. **Nennen Sie**, drei Voraussetzungen die erfüllt sein müssen, um einen Eigenbetrieb in eine GmbH umzuwandeln. (6 Punkte)

Stil, Aufbau, Argumentation: 5 Punkte

Lösungsvorschlag
zur Abschlussprüfung
im Ausbildungsberuf
Verwaltungsfachangestellte/r

vom 27. Mai 2021 bis 1. Juni 2021

2. Prüfungsaufgabe:
Verwaltungsbetriebswirtschaft

Die nachfolgenden unverbindlichen Hinweise zur Lösung behandeln die nach Auffassung des Erstellers maßgeblichen Probleme der Aufgabe.

Sie stellen keine „Musterlösung“ dar und schließen andere vertretbare, folgerichtig begründete Ansichten selbstverständlich nicht aus. Der Inhalt und der Umfang der Lösungshinweise, die Ausführlichkeit und die Detailgenauigkeit der Darlegungen enthalten insbesondere keinen vom Prüfungsausschuss vorgegebenen Maßstab für die Leistungsanforderung und –bewertung.

Kommunales Finanzwesen

Aufgabe 1

a)	<p>Rechtsgrundlagen (alle §§ SächsKomHVO):</p> <ul style="list-style-type: none"> • § 38 Abs. 1 → Zusammensetzung der Anschaffungskosten • § 44 Abs. 1 S. 1 und 2 → Grundlage für (lineare) Abschreibung • § 44 Abs. 4 S. 1 und 2 → mtl. Abschreibung, Abschreibungsbeginn einschl. Wiedergabe der Inhalte der Paragraphen <p>Anschaffungskosten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Listenpreis + Montage + Umsatzsteuer - Skonto • 17.850 EUR abzgl. 2% Skonto (357 EUR) = 17.493 EUR <p>Restbuchwert 31.12.2020</p> <ul style="list-style-type: none"> • 17.493 EUR / 8 Jahre = 2.186,63 EUR • 2.186,63 EUR / 12 x 2 Monate → 364,44 EUR • RBW = 17.128,56 € <p>Restbuchwert 31.12.2021</p> <ul style="list-style-type: none"> • volle 12 Monate → 2.186,63 EUR • RBW = 14.941,93 €
b)	<ul style="list-style-type: none"> • Prozessbeginn: Rechnung am 03.11.2020 eingegangen <ol style="list-style-type: none"> 1. sachliche und rechnerische Feststellung nach § 11(1) Satz 1 <ul style="list-style-type: none"> ▪ mindestens eine Person erforderlich 2. Auszahlungsanordnung nach § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2. Person erforderlich → § 7 Abs. 2 S. 3 3. Buchführung (§ 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 4) auf Basis der Auszahlungsanordnung <ul style="list-style-type: none"> ▪ 3. Person erforderlich → § 7 Abs. 3 4. Zahlungsverkehr (§ 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1) auf Basis der Auszahlungsanordnung <ul style="list-style-type: none"> ▪ 4. Person erforderlich → § 5 Abs. 2 • Prozessende: Überweisung der Rechnung am 13.11.2020 erfolgt <p><i><u>Hinweis zur Korrektur:</u> Wichtig ist, dass alle 4 Schritte benannt werden sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Funktionstrennungen hervorgehen.</i></p> <p>alle §§ der SächsKomKBVO</p>

Aufgabe 2

a)	<ul style="list-style-type: none"> • Mit Eingang der Rechnung entsteht eine Verbindlichkeit, welche zum Bilanzstichtag 31.12. Bestand hat und in der Vermögensrechnung als solche auszuweisen ist (§ 51 Abs. 3 Nr. 4 d alternativ 4 f Sächs-KomHVO). • <i>Leistung im Dezember erbracht, daher entsprechend des Periodenprinzips als Aufwand in der Ergebnisrechnung zu buchen</i> • <i>Zahlung erfolgt im Folgejahr und ist somit für den Jahresabschluss nicht relevant → Finanzrechnung ist somit erst im Folgejahr tangiert</i>
b)	<ul style="list-style-type: none"> • § 85 SächsGemO , § 48 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO → Überschüsse der Ergebnisrechnung sind den Rücklagen zuzuführen
c)	<ul style="list-style-type: none"> • § 88 c (1) SächsGemO → Aufstellung Jahresabschluss bis 30.6. des Folgejahres durch die Verwaltung • § 88 c Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §104 Abs. 2 Satz 1 SächsGemO → örtliche Rechnungsprüfung bis 30.09. des Folgejahres und Feststellung durch den Gemeinderat bis 31.12. des Folgejahres, • § 88 c Abs. 3 SächsGemO → Anzeige RAB und ortsübliche Bekanntgabe

Aufgabe 3

a)	<p><i>Förmliche Zahlungsanordnung in Form einer (1 ZP.)</i> Auszahlungsanordnung § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 8 Abs. 1 SächsKomKBVO <i>ggf. als Dauer- bzw. Jahresanordnung (1 ZP)</i></p>
b)	<p>Buchungsanordnung § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SächsKomKBVO</p>
c)	<p><i>Förmliche Zahlungsanordnung in Form einer (1 ZP.)</i> Annahmeanordnung § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 8 Abs. 1 SächsKomKBVO <i>ggf. als Einzelanordnung (1 ZP)</i></p>
d)	<p>Allgemeine Zahlungsanordnung § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SächsKomKBVO</p>
e)	<p>Einlieferungsanordnung § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SächsKomKBVO</p>

Betriebswirtschaft in der öffentlichen Verwaltung

Die Auszubildenden der sächsischen Gemeinde Grünwalde Sarah und Tom bereiten sich gemeinsam auf die Abschlussprüfung vor.

Aufgabe 4

31 Punkte

Sarah und Tom beschäftigen sich u. a. mit den privaten Rechtsformen von Unternehmen.

4.1 Entscheiden Sie, ob die folgenden Aussagen zu den rechtlichen Voraussetzungen der Unternehmensgründung richtig oder falsch sind! Begründen Sie jeweils Ihre Entscheidung anhand der gesetzlichen Grundlagen. (20 Punkte)

- a) Istkaufmann ist jeder, der ein Handelsgewerbe betreibt, unabhängig vom Umfang.
→ falsch; § 1 Abs. 2 HGB, nach Art und Umfang
- b) Bei der Wahl der Firma ist zu beachten, dass sich die Firma von anderen an diesem Ort unterscheidet.
→ richtig; § 18 Abs. 1 HGB, Unterscheidungskraft notwendig
- c) Die Handlungsvollmacht und die Prokura sind im Handelsregister einzutragen.
→ falsch; § 53 Abs. 1 S. 1 HGB, nur die Prokura eintragungspflichtig im Handelsregister
- d) Gesamtprokura heißt, dass mehrere Prokuristen Entscheidungen auch alleine treffen dürfen.
→ falsch; § 48 Abs. 2 HGB, nur gemeinsame Entscheidungen (gemeinschaftlich)
- e) Tritt ein Gesellschafter in eine bestehende OHG ein, haftet er wie die anderen Gesellschafter, aber nicht für Verbindlichkeiten, die vor seinem Eintritt in die OHG entstanden sind.
→ falsch; § 130 Abs. 1 HGB, auch vor dem Eintritt entstandene Verbindlichkeiten

4.2 Nennen Sie vier Kriterien, die bei der Wahl der Rechtsform eine Rolle spielen. Rechtsnormen sind nicht anzugeben. (4 Punkte)

- Art und Menge der hergestellten Güter/Leistungen,
- Art der Haftung,
- Gewinnverteilung, Art und Weise der Entscheidungswege/Entscheidungen,
- steuerliche Belastung,
- Risikobereitschaft,
- Pflichten zur Veröffentlichung, ...

4.3 Erläutern Sie kurz die gesetzliche Gewinnverteilung der OHG! Begründen Sie, warum das so geregelt ist. (7 Punkte)

→ § 121 Abs. 1 und Abs. 3 HGB: Verzinsung des Kapitalanteils mit 4 % und Verteilung des Restgewinns nach Köpfen

→ gleichberechtigte Gesellschafter nach der Mitarbeit in der OHG mit unterschiedlich hohen Kapitalanteilen

Aufgabe 5

12 Punkte

Sarah und Tom verständigen sich in der Vorbereitung auch zu den Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und deren Privatisierung.

5.1 Eigenbetriebe sind verpflichtet, einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Nennen Sie die Bestandteile des Wirtschaftsplans anhand der gesetzlichen Grundlage! (6 Punkte)

Rechtsgrundlage: § 16 (1) Satz 2 SächsEigBVO

- Erfolgsplan
- Liquiditätsplan
- Finanzplan
- Stellenübersicht

5.2 Der Eigenbetrieb ist meist die Vorstufe zur Privatisierung öffentlicher Leistungen. Nennen Sie drei Voraussetzungen die erfüllt sein müssen, um einen Eigenbetrieb in eine GmbH umzuwandeln (6 Punkte)

Gemäß § 96 Abs. 1 Nr. 1 – 3 SächsGemO müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein.

- Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung
- angemessener Einfluss
- begrenzte Haftung

Stil, Aufbau, Argumentation:

5 Punkte